

Forderungen aus der Schule – für die Schule!

Schule.Bildung.Zukunft.



Forderungspapier der
LSV Niederösterreich

2010/2011

Überblick

I. Schulunterricht	4
a) Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 pro Klasse	4
b) Mitgestaltung der Lehrinhalte.....	4
c) Adaptierung und Neugestaltung der Lehrpläne.....	5
d) Politische Bildung als eigenständiges Fach ab der Oberstufe	5
e) Religions- und Ethikunterricht.....	6
f) Erhaltung der fachspezifischen Fächer an den BMHSen	6
g) Ausbau der Begabtenförderung	7
h) Ausbau von Freifächern und Unverbindlichen Übungen	7
i) Lehrerfeedback.....	8
j) Verpflichtende Informationstagungen zur standardisierten Reifeprüfung zu Beginn der Oberstufenlaufbahn	9
k) Mehr Informationen und Unterstützung bei der Berufsmatura	10
l) Bonussystem für erfolgreiche Lehrlinge.....	11
m) verpflichtende Begründung der Betragensnote.....	11
n) Verbesserung des Frühwarnsystems.....	12
II. Schulqualität	13
1) Lebensraum Schule	13
a) Integration durch Bildung.....	13
b) Ausbau und Adaptierung der öffentlichen Verkehrsmittel im Schulbereich	13
c) Flächendeckende und ausreichendes Angebot an Nachmittagsbetreuung	14
d) Mentoring- und Tutoringprogramme.....	14
e) Mehr Schulsozialarbeiter/Schulpsychologen an Niederösterreichs Schulen.....	15
f) Mehr Information zu weiterführender Bildung	16
g) Potentialanalyse und Talentchecks vor der Entscheidung eines Lehrberufes	16
h) Campus Schule	17
i) Stärkung des Gesundheitsbewusstseins an Schulen	17
2) Schulpartnerschaft	18
a) Schülervertretungsbudget.....	18
b) Schülervertretung an Hauptschulen und Mittelschulen	18
c) Gesetzliche Verankerung des Schülerrgipfels.....	19

d) Stimmrecht der LSV in den Kollegiumssitzungen des Landesschulrates.....	19
e) Auf- und Ausbau des Schulpartnerrates – Schaffung eines LSGA	20
III. Schulverwaltung	21
a) Änderung des Schuljahresbeginnes – Schulbeginn am Mittwoch	21
b) Einführung der Pro-Kopf Quote	21
c) Umwandlung von Bezirks- und Landesschulräten in Bildungsdirektionen	22
d) Mehr Effizienz in der mittelbaren Bundesverwaltung	22
e) Mehr Mitspracherecht bei der Direktorenbestellung.....	23
f) Aufwertung des differenzierten Schulsystems.....	23
g) Flächendeckende Umsetzung des niederösterreichischen Schulmodells.....	24
h) Flächendeckende Einführung des Modulsystems.....	25
Mindestgehalt für Lehrlinge	25

I. Schulunterricht

a) Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 pro Klasse

Ein mathematisches Problem lösen, eine offene Diskussion führen, oder gar eine neue Fremdsprache zu erlernen. – All diese Dinge sind in einer 35 Schüler großen Klasse schier unmöglich. Denn es kann nicht genug auf das Individuum eingegangen werden. Der Lehrer verliert die Übersicht, welche Schüler sich aktiv am Unterricht beteiligen und welche sich nur durch körperliche Anwesenheit auszeichnen. Außerdem ist das Lehrpersonal nicht im Stande, jede einzelne Frage zu beantworten, denn die 50 Minuten reichen dafür kaum aus.

Die Lösung dieses Problems ist, wie schon in Volksschulen eingeführt, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler, um jedem einzelnen Schüler die Aufmerksamkeit zu geben, die ihm zusteht.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » eine Beschränkung auf maximal 25 Schüler pro Klasse in der Oberstufe
- » eine Erweiterung der Budgetmittel für die Infrastruktur an Schulen,
- » sowie eine Erweiterung des Lehrerbudgets.

b) Mitgestaltung der Lehrinhalte

Bei der genauen Jahresplanung des Unterrichts legt der Lehrer oft in erster Linie auf seine eigenen fachspezifischen Interessen großen Wert und zeigt wenig Interesse an der Meinung der Schüler. Das muss zwar nicht unbedingt ein Nachteil für alle Beteiligten sein, doch wirklich lehrreicher Unterricht zeichnet sich durch gute und konstruktive Zusammenarbeit von Lehrern und Schülern aus. Dazu gehört auch ohne Zweifel, dass diese zusammen, bevor der Regelunterricht im September beginnt, über Themenbereiche diskutieren, die im Laufe des Jahres im Unterricht genauer behandelt werden sollen. Inhalte, die die Mehrheit der Klassenmitglieder besonders interessieren, sollen folglich intensiver behandelt werden. Dadurch kann verhindert werden, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, was sie zusätzlich lernen sollen und was nicht.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » , dass Lehrer verpflichtend in den ersten Unterrichtseinheiten des Schuljahres die Schüler über das Recht der Mitbestimmung informieren
- » , dass die Lehrer zusammen mit den Schülern die genaue Themensetzung für das kommende Unterrichtsjahr festsetzen.

c) **Adaptierung und Neugestaltung der Lehrpläne**

Der Unterricht an den Schulen soll bestmöglich auf das spätere Leben vorbereiten. Um in der Zukunft Österreichs Schülern die besten Voraussetzungen für ihr späteres Leben schaffen zu können, braucht es neue, innovative Lerninhalte mit neuen Fächern und eine regelmäßige Adaptierung der bisherigen Fächer. Es darf nicht passieren, dass in Geografie und Wirtschaftskunde mit Unterlagen von 1985 gearbeitet wird. Um aktuelle Tendenzen und neue Richtungen erkennen und erlernen zu können, bedarf es ebenfalls aktuellster Unterrichtsmittel.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » eine Reform der Lehrpläne in allen Unterrichtsfächern jedes Schultyps
- » eine laufende Adaptierung und Evaluierung der Lehrinhalte
- » ein verpflichtendes Angebot an Unverbindlichen Übungen im Bereich der Persönlichkeitsbildung und Soft-Skills für die Schüler (wie z. B. Rhetorik, Projektmanagement, Selfmarketing und weitere). Die Durchführung soll ab 10 Teilnehmern erfolgen.
- » Ausbau der lebenden Fremdsprachen (u.a. Chinesisch, Türkisch als Maturafach)

d) **Politische Bildung als eigenständiges Fach ab der Oberstufe**

So traurig es auch sein mag: Die wenigsten Jugendlichen zeigen Interesse für das politische Tagesgeschehen, was umso bedrückender wirkt, wenn man bedenkt, wie viele Menschen nicht das Glück haben in einer Demokratie leben zu dürfen. Diese Politikverdrossenheit mag einerseits an mangelndem Interesse aber vor allem an mangelnder Information im Unterricht liegen. Denn im Geschichtsunterricht findet man kaum Zeit neben dem ohnehin überfüllten Lehrplan, Politische Bildung zu unterrichten. Eigentlich sehr bedenklich, wenn alle Schüler mittlerweile ab dem Alter von 16 Jahren wählen dürfen, aber viele nicht einmal wissen, was sie eigentlich wählen sollen.

Das würde sich allerdings ändern, wenn man Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach zusätzlich zum Geschichteunterricht einführt. Denn so hätt das Lehrpersonal genug Zeit, die politischen Grundzüge unseres Staates zu erläutern und vor allem über das politische Tagesgeschehen zu diskutieren. Denn es besteht kein Zweifel, dass in unserer Demokratie die Macht laut Verfassung vom Volk ausgeht. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass das Volk auch weiß, worum es eigentlich geht.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Einführung des Unterrichtsgegenstandes „Politische Bildung“ als eigenständiges Unterrichtsfach ab der Oberstufe,
- » das einen Umfang von mindestens einer Wochenstunde erhalten soll.
- » die Verankerung der Schülervertretung im Lehrplan des Faches politische Bildung.
- » eigens ausgebildete Lehrkräfte für das Fach politische Bildung.

e) Religions- und Ethikunterricht

Junge Menschen brauchen zur persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung einen Sinn für Werte, um sich mit verschiedenen Meinungen und Positionen kritisch auseinandersetzen zu können. In diesem Zusammenhang wird dem Elternhaus aber auch der Schule und in weiterer Folge jeder Religionsgemeinschaft eine hohe Verantwortung beigemessen. In einer pluralistischen Gesellschaft wie Österreich ist die Vermittlung von Werten in Erziehung und Ausbildung ein wesentlicher Faktor für das Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Zielen, Interessen und Meinungen. Es ist besonders wichtig, auch jenen Schülern eine Orientierung mit moralischen Werten zu ermöglichen, die an keinem konfessionellen Unterricht teilnehmen. Der Ethikunterricht soll als Alternative zum herkömmlichen Religionsunterricht angeboten werden. Jahrzehntelange Evaluierungen haben gezeigt, dass der Großteil der Schüler den Ethikunterricht akzeptiert. Außerdem konnte bewiesen werden, dass mit dieser Alternative die Ausländerfeindlichkeit gesunken und der Sinn für Toleranz und Rücksicht unter den Schülern enorm gestiegen ist.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Wahlmöglichkeit zwischen konfessionellem Unterricht und Ethikunterricht, wobei eine der beiden Möglichkeiten verpflichtend zu wählen ist.

f) Erhaltung der fachspezifischen Fächer an den BMHSen

Die österreichische Schulform BMHS als Überbegriff mit ihren vielen Formen ist in Europa einzigartig. Die Schüler lernen dabei schon früh wichtige praktische Qualifikationen für das spätere Arbeitsleben. Doch in den letzten Jahren wurden immer wieder Sparmaßnahmen im Bildungsbereich durchgeführt und als deren Folge immer wieder Stunden gekürzt. Doch es darf nicht sein, dass an Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen, an denen, wie ja bereits der Name sagt, die berufliche Ausbildung im Mittelpunkt steht, gerade die fachspezifischen Fächer gekürzt werden. Vor allem, wenn viele allgemein bildenden Fächer in ihrer vollen Stundenanzahl erhalten bleiben können. Diese Sparmaßnahmen und Kürzungen führen immer mehr zu einer „Verallgemeinerung“ der Schulen, die immer weiter von der eigentlichen Spezifizierung abweicht

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Fachspezifische Fächer sollen erhalten bleiben
- » Fachspezifische Fächer sollen „ausgefächert“ werden, wobei allgemeinbildende Fächer erhalten bleiben, deren Ausmaß allerdings an die jeweilige Schule angepasst wird.
- » Unverbindliche Unterrichtsstunden und Zusatzzertifikate sollen erhalten bleiben und aufgestockt werden.

g) Ausbau der Begabtenförderung

Jedem ist bewusst, wie unterschiedlich die Stärken und Schwächen eines jeden Schülers ausgeprägt sind. Allerdings müssen vor allem die Stärken und Talente gefördert werden, wenn man einen Schüler zu großen Leistungen in diversen Gebieten bewegen möchte, egal ob es sich dabei um das Beherrschen einer Sportart, um das Spielen eines Musikinstrumentes oder auch um ein natürliches Talent in Bereichen wie Sprache, Mathematik oder Naturwissenschaften handelt. Viel zu oft gehen solche Talente verloren, da sie nicht entsprechend gefördert werden, oder werden erst gar nicht erkannt.

Leider fehlen viel zu oft Begabtenförderkurse an den Schulen, bei denen die besonderen Talente und Fähigkeiten besser und weiter gefördert werden können. Denn es muss klar sein, dass auch „Spitzenleistungen“ entsprechend gewürdigt und gefördert werden müssen.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Begabtenförderkurse an allen Schulen, wenn eine dementsprechende Nachfrage besteht.
- » Zusätzliche Mittel für diese Stunden, um Lehrpersonal und Unterrichtsmittel finanzieren zu können

h) Ausbau von Freifächern und Unverbindlichen Übungen

Es besteht kein Zweifel daran, dass nach vielen Stunden- und Budgetkürzungen Vieles keinen Platz mehr im Unterricht findet, was noch von früheren Generationen als selbstverständlich erachtet wurde, oder was von einer neuen Generation erwartet wird. Diese „Inhalte“ – egal, ob es sich um Fakten, Softskills, oder Sportarten handelt – finden allerdings ein großes Publikum, wenn sie im Zuge von Unverbindlichen Übungen oder Freifächern angeboten.

So gesehen ist das Angebot der möglichen Freifächern und Unverbindlichen Übungen beginnend bei Fremdsprachen über diverse Sportarten bis zu spezifischen Softskill-Ausbildungen scheinbar unerschöpflich. Doch leider scheitert es umso schneller an den finanziellen Mittel oder an motiviertem Personal.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Ein erweitertes Angebot an Freifächern und Unverbindlichen Übungen
- » Zusätzliche finanzielle Mittel für diese Stunden, um Lehrpersonal und Unterrichtsmittel finanzieren zu können.

i) Lehrerfeedback

Es ist in der Schule selbstverständlich, dass die Schüler von den Lehrern benotet werden, dass sie deren Leistungen beurteilen. Natürlich ist das der Sinn der Sache, allerdings darf man nicht vergessen, dass auch Lehrer das eine oder andere Manko haben, von denen diese unter Umständen selbst gar nichts wissen.

Diese Punkte könnten durch ein Lehrerfeedback aufgezeigt werden und würden so der Lehrkraft ermöglichen, jene unbekannte Schwäche auszumerzen, um den Unterricht für die Schüler angenehmer gestalten zu können. Außerdem bekommt er selbst Einsicht in die Effektivität und Akzeptanz seiner Unterrichtsmethoden und kann diese je nach Bedarf zum Wohle beider, Lehrer und Schüler, verändern oder vertiefen.

Abgesehen davon bringt ein solches Lehrerfeedback den Vorteil mit sich, dass man, sollte es negativ ausfallen, schwarz auf weiß die leider existierende Unfähigkeit mancher Lehrer dokumentieren kann, um danach genauer nach den Ursachen für dieses schlechte Feedback suchen zu können, zum Wohle des Unterrichts und vor allem zum Wohle der Schüler. Fähige und engagierte Lehrer erhalten außerdem eine Bestätigung für ihren Unterricht und schöpfen so neue Motivation, die sie hoffentlich an uns Schüler weitergeben können.

Vor allem bei Unterrichtspraktikanten darf man die Bedeutung eines Feedbacks nicht unterschätzen, da diese meist das erste Mal in einer Klasse stehen und dementsprechend auf keine bisherigen Erfahrungswerte zurückgreifen können.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Möglichkeit für alle Schüler, ihren Lehrern objektiv durch einen standardisierten Fragebogen Feedback geben zu können und somit einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung des Unterrichts leisten zu können.
- » Ein verpflichtendes Feedback speziell für Unterrichtspraktikanten

j) **Verpflichtende Informationstagungen zur standardisierten Reifeprüfung zu Beginn der Oberstufenlaufbahn**

Mit dem Haupttermin des Schuljahres 2013/14 wird an den AHSen eine neue Reifeprüfungsverordnung in Kraft treten, die an die Bildungsstandardentwicklung auf der 4. und 8. Schulstufe anschließt. Diese neue Reifeprüfung wird sowohl standardisiert als auch kompetenzorientiert sein. Der Diskussionsprozess ist zwar bisher erfolgreich verlaufen, allerdings sind in einigen wenigen Bereichen noch Änderungen notwendig.

Die vom Nationalrat beschlossene und mit 19. Juli 2010 kundgemachte Novelle zum Schulunterrichtsgesetz sieht vor, dass die BHS ab dem Haupttermin 2015 ebenfalls eine standardisierte, kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung durchführen werden

(Quelle: www.bmukk.gv.at am 16. Mai.2011)

In diesem Schuljahr gab es deshalb durch die Landesschülervertretung eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Get Informed“ zum Thema standardisierte Reifeprüfung in AHS und BMHS. LSI Mag. Rainer Ristl und LSI Mag. König referierten über den Ablauf und über die Wahlmöglichkeiten der standardisierten Reifeprüfung und standen anschließend für Fragen der insgesamt 120 Gäste zur Verfügung. Diese Informationsveranstaltungen müssen zukünftig allen Schülern zugänglich gemacht werden.

Die LSV Niederösterreichfordert deshalb:

- » eine konkrete Festlegung und Auflistung des Zusammenspiels von Wahlpflichtfächern und Hauptfächern bei der Zentralmatura
- » eine Aufklärung darüber, ob bei der Matura eine Differenzierung zwischen BG und BRG auf Grund unterschiedlicher Anzahl an Jahreswochenstunden vorliegt
- » eine Aufklärung darüber, ob bei der Matura eine Differenzierung der verschiedenen Schulformen bei den BMHSen vorliegt
- » Aufschlüsse über Ablauf und Schema der Matura im Rahmen von Informationsveranstaltungen für die 5. Klassen(AHS) bzw. 1. Klassen (BMHS)
- » standardisierte und einheitliche Unterrichtsmaterialien (u.a Schulbücher), um sich auf diese neue Form der Reifeprüfung bestmöglich vorbereiten zu können.

k) Mehr Informationen und Unterstützung bei der Berufsmatura

Durch die Einführung der Berufsmatura (Berufsreifeprüfung - BRP) wurde die duale Ausbildung aufgewertet. 2008 wurde ein Programm beschlossen, dass Lehrlingen parallel zur Lehre die Berufsmatura kostenfrei ermöglicht. Dieses Ausbildungskonzept „Lehre und Matura“ stellt begabte und motivierte Jugendliche nicht länger vor die Entscheidung: Berufserfahrung oder weitere Schulbildung. Beides lässt sich mit Motivation, Zielstrebigkeit und Durchhaltevermögen vereinen. Besonders junge Menschen, die praktisch veranlagt, begabt und gleichzeitig an Allgemeinbildung interessiert sind, finden hier einen Weg, Berufs- und Schulalltag gemeinsam für die Zukunft zu nutzen. Mit dieser Ausbildungsform erhalten Lehrlinge eine ausgezeichnete Basis für eine beruflich erfolgreiche Zukunft, mit einer Fülle an zusätzlichen Möglichkeiten und Karrierechancen.

Leider scheitert es oft, an der richtigen Information oder Unterstützung. Ein Punkt, den man leicht beheben kann, indem man die Informationen an den Schulen verstärkt und zusätzliches Personal, wie etwa speziellen Beratern, den Interessierten zur Verfügung stellt.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » mehr Unterstützung und Informationen zu dem Thema „Berufsmatura“ und deren Möglichkeiten
- » Informationsveranstaltungen bereits vor Ergreifen einer Lehre an den betroffenen Schulformen
- » mehr fachkundiges Personal, das die Interessierten kompetent und ehrlich beraten kann
- »

l) Bonussystem für erfolgreiche Lehrlinge

Vielen Lehrlingen fehlen die Motivation und der Ansporn, an der Berufsschule das Beste zu geben. Natürlich entscheiden sich viele für eine Lehre, um dem Schulalltag entgehen zu können, da sie sich eindeutig mehr für den praktischen Berufsalltag interessieren, allerdings besteht kein Zweifel daran, dass wichtige Lehrinhalte erst in der Berufsschule vermittelt werden können.

Allerdings besteht die Möglichkeit, den Leistungswillen vieler zu erhöhen, wenn ein Bonussystem ein gutes Zeugnis oder andere Zusatzqualifikationen attraktiv machen. Diese Boni können zum Beispiel Geldbeträge sein – So zahlt der Klinikdienstleister Vanguard bis zu 600 € pro Semester – oder andere Vergütungen, die die Motivation und den Lernwillen der Lehrlinge steigert. So kann nicht nur die Qualität der Lehre verbessert werden, sondern es wird auch die Bindung an das Unternehmen gestärkt. Denn es besteht kein Zweifel, dass der richtige Anreiz, die Leistungen eines jeden Lehrlings erheblich verbessern kann.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ein effektives Bonussystem als Anreiz für Niederösterreichs Lehrlinge

m) verpflichtende Begründung der Betragensnote

Oft ist es leider der Fall, dass die Betragensnote nicht den Zweck erfüllen kann, zu dem sie geschaffen wurde. So kann es sein, dass die Betragensnote, die einmal im Zeugnis steht, nicht nur unangenehme Fragen aufwirft, sondern auch die Zukunft erschwert, da viele quasi „vom Schlimmsten“ ausgehen. Denn wer weiß schon später, wofür dieses „Zufriedenstellend“ oder „Wenig Zufriedenstellend“ wirklich steht. Denn nicht selten ist es der Fall, dass die Konsequenz einer dummen Bemerkung bereits eine Betragensnote ist. Leider ist es in Nachhinein keinem möglich, diese Gründe aus einer Betragensnote herauszulesen, was nicht der Fall wäre, wenn man im Zeugnis oder an anderer Stelle einen kurzen Hinweis vermerken würde, der diese erklärt und rechtfertigt.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die verpflichtende Begründung der Betragensnote durch den Klassenvorstand gegenüber dem Schüler
- » bei 2/3 Mehrheit im Schulgemeinschaftsausschuss muss über die Betragensnote erneut diskutiert werden

n) Verbesserung des Frühwarnsystems

Viele kennen leider den Prozess des aktuellen Frühwarnsystems: Ein Schüler droht in einem Fach negativ beurteilt zu werden. Das heißt, die Lehrperson setzt den Betroffenen darüber in Form einer schriftlichen „Warnung“ in Kenntnis. Ansuchen um Hilfe zur Verbesserung der Defizite des Schülers erfolgen in einigen Fällen nur nach selbstständiger Anfrage dieses.

Diese Situation zeigt auf, dass das Frühwarnsystem in seiner jetzigen Form nicht ausreichend ist. Im Rahmen des Modells der Frühwarnungen sollen die Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler analysiert und Maßnahmen gegen eine negative Beurteilung festgelegt werden. Bei einem drohenden „Nicht genügend“ im ersten Semester soll dies im Rahmen eines Gesprächs zwischen Lehrer und Schüler erfolgen, bei dem Lösungswege definiert werden. Das kann in Form von gezielten Übungsaufgaben mit anschließender (nicht zu benotender) Kontrolle oder Förderunterricht durch die jeweilige Lehrperson sein. In diesem Zeitraum sollen dann auch die Eltern über das drohende „Nicht genügend“ des Jugendlichen informiert werden. Auch hier gilt es wieder, gemeinsame Lösungswege zu erarbeiten.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » eine Verbesserung des derzeitigen Frühwarnsystems
- » eine gezielte Analyse der Stärken und Schwächen von Schülern in gefährdeten Fächern
- » beratende Gespräche zwischen Lehrer, Schüler und Eltern bei „Nicht genügend“ im ersten bzw. zweiten Semester, bei dem Lösungswege definiert werden
- » verpflichtende Frühwarnung bei Gefährdung, ansonsten darf ein Schüler nicht mit einem „Nicht genügend“ beurteilt werden

Schulqualität

1) Lebensraum Schule

a) Integration durch Bildung

Vor allem im urbanen Bereich gibt es immer mehr Klassen, in denen die Kinder die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen und dementsprechend dem Unterricht nicht folgen können und die Lehrer so im Bemühen um diese Kinder am Ende ihrer Kräfte angelangt sind. Jedem ist klar, dass eine gute Bildung oder Bildung überhaupt der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft ist. Doch wenn Bildung oder gar die grundlegendsten Dinge, wie Lesen, Schreiben und Rechnen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht vermittelt werden können, ist der Niedergang dieser Gruppe im späteren Leben bereits vorprogrammiert. Das ist ein alarmierender Zustand, der einfach behoben werden kann: Sprachkurse müssen für alle, die sie benötigen angeboten und vor allem besucht werden. Selbstverständlich muss auch die Muttersprache gefördert werden, um in weiterer Folge die komplexe Struktur der deutschen Sprache und der folgenden Fremdsprachen verstehen zu können.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » verpflichtende Sprachkurse in jeder Altersklasse, um jedem Unterricht auf dem schnellsten Weg folgen zu können

b) Ausbau und Adaptierung der öffentlichen Verkehrsmittel im Schulbereich

Besonders im Bereich Verkehrsanbindung und verkehrstechnische Infrastruktur im Schulbereich hat Niederösterreich offensichtlich enormen Aufholbedarf. Vollkommen überfüllte Busse stellen ein kaum zu beschreibendes Sicherheitsrisiko für alle Schüler dar. Beauftragte Busunternehmen versuchen ihre Kosten möglichst gering zu halten und stellen somit weniger Bussitzplätze zur Verfügung als an einem durchschnittlichen Schultag benötigt werden. Somit ist es keine Seltenheit, dass die Schülerinnen und Schüler sowohl bei der Hinfahrt als auch bei der Heimfahrt dicht aneinandergedrängt im Schulbus stehen müssen und so einem um ein Vielfaches höheren Verletzungsrisiko ausgesetzt sind. Diese Problematik stellt sich beim Bahnverkehr nicht. In diesem Fall sind durchschnittlich ausreichend Plätze vorhanden.

Als wohl bekanntestes Beispiel für fehlgeschlagene Verkehrspolitik im Rahmen von Schulen muss die HTL Mödling herangezogen werden. Durch Umbaumaßnahmen waren viel mehr Schüler als durchschnittlich vom einen auf den anderen Tag gezwungen mit dem Bus zu fahren. Die Postbus AG und die ÖBB waren aus Kostengründen nicht bereit, ihre Busanzahl aufzustocken. Viele Unfälle (u.a. wurde ein Schüler im dichten Gedränge von einem Bus überfahren) mussten erst passieren, bis die

ÖBB begriffen hat, dass eine Aufstockung notwendig sei. Solche dramatischen Szenen dürfen nicht passieren! Die Kontrollfunktionen der Polizei muss in diesem Zusammenhang viel stärker in Anspruch genommen werden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ausreichend Busse und Züge, um für jeden Schüler einen Platz garantieren zu können
- » vermehrte Polizeikontrollen, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften kontrollieren

c) Flächendeckende und ausreichendes Angebot an Nachmittagsbetreuung

Viele Eltern und Schüler haben vor allem während der Unterstufenjahre ein großes Problem, eine angemessene Nachmittagsbetreuung zu finden, die den Bedürfnissen der individuellen Schüler gerecht werden. Außerschulische Angebote sind dabei allerdings sehr teuer und die wenigen Angebote der einzelnen Schulen oft unflexibel und meistens unattraktiv. Fixe Stundeneinteilungen, denen man oft nicht entfliehen kann, festgelegte Zeiten für das Erledigen von Hausaufgaben oder einfach fehlende Infrastruktur sind die Feinde des Schülers in dieser Hinsicht. Dabei würden allein die Aufsicht durch qualifiziertes Personal, das bei Bedarf um Unterstützung oder Hilfestellungen gebeten werden kann, und die Möglichkeit der freien Arbeits- und/oder Freizeiteinteilung in entsprechend ausgestatteten Räumlichkeiten dem Wunsch einer modernen Nachmittagsbetreuung genügen.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ein flächendeckendes Angebot an Nachmittagsbetreuung an den Schulen Niederösterreichs,
- » das gratis, freiwillig, flexibel und ohne von der Schule festgelegten Anwesenheitszeiten jedem Schüler zur Verfügung steht
- » ausgebildete Fachkräfte für die Nachmittagsbetreuung
- » entsprechende Infrastruktur für Lern-, Freizeit-, und Sportangebote

d) Mentoring- und Tutoringprogramme

Wer kennt nicht die Situation an den Gymnasien Niederösterreichs und wer kann sich nicht selbst an seine ersten Gehversuche in der großen Welt der AHS erinnern? Beinahe Erwachsene teilen sich mit de facto Kindern dasselbe Gebäude und vor allem dieselbe Bezeichnung: Schüler. Vor allem nach der Volksschule ist es schwierig sich an den neuen, anstrengenderen Alltag in einem unbekanntem Umfeld zurechtzufinden. Projekte wie zum Beispiel das „Vertrauensschüler-Projekt“, unterstützen dabei die „Neuen“. Bei diesem Projekt werden jedem Erstklässler Vertrauensschüler aus einer höheren Klasse zugewiesen, die den Jüngeren helfen, sich in der Schule einzuleben und eine Anlaufstelle

für Fragen und Probleme sind. Dabei erfolgt nicht nur ein Austausch der unterschiedlichen Schulstufen, sondern es entsteht auch ein einzigartiges Gefühl der Zusammengehörigkeit, quasi ein „Schulspirit“. Außerdem fördert es die sozialen Kompetenzen aller Beteiligten und ermöglicht so allen „Neuen“ einen angenehmen Start in einen neuen, spannenden Lebensabschnitt.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ein „Vertrauensschülerprojekt“ an jeder AHS und BMHS
- » eine angemessene kurze Ausbildung der betroffenen Schüler vor dem eigentlichen Projektbeginn
- » dass neben den Kommunikations-, Mediations- und sozialen Fortbildungen und Erfahrungen, die man im Zuge dieses Projektes sammelt, auch die Teilnahme im Zeugnis als Freifach vermerkt wird.

e) Mehr Schulsozialarbeiter bzw. Schulpsychologen an Niederösterreichs Schulen

Die Schule ist der Ort, an dem Schüler, die sich in der Phase der Persönlichkeitsbildung und des Erwachsenwerdens befinden, jeden Tag zusammenkommen. Folglich werden auch Probleme, sei es im Elternhaus oder im Freundeskreis, oft in den Schulalltag mitgeschleppt oder im Schulhaus ausgetragen. Natürlich haben diese Probleme auch negative Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der jeweiligen Schüler, die logischer Weise von den Sorgen und Problemen vom Lernen abgelenkt oder gar gehindert werden. Den jungen Menschen fehlt bei diesen Dingen sowie bei jeglichen Fragen zu solchen Problemen eine Ansprechperson, die ihnen zuhört und qualifizierte Ratschläge geben kann.

Verpflichtende Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen an jeder Schule können genau diese Anlaufstelle bei Problemen jeder Art sein. Sie würden als Menschen fungieren, die den Schülern zur Seite stehen und im Schulgebäude den nötigen Halt geben und außerdem ein offenes Ohr für alle Anliegen der jungen Menschen haben, ohne gleichzeitig die schulischen Leistungen bewerten zu müssen. Diese Vertrauensperson würde sich zu vereinbarten Zeiten im Schulgebäude aufhalten allen Schülern und den Lehrkörpern für persönliche beratende Gespräche zur Verfügung stehen

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » verpflichtende Schulsozialarbeiter an jeder Schule, welche sich mindestens 2 Mal die Woche zu je drei Stunden im Schulgebäude befinden
- » zusätzlich soll es an jeder Schule mindestens einen Mediator geben.

f) Mehr Information zu weiterführender Bildung

Viele Schüler, die eine AHS-Unterstufe bzw. eine Hauptschule besuchen, müssen früher oder später die Entscheidung treffen, für welche weiterführende Schule sie nach der achten Schulstufe entscheiden wollen, sofern sie überhaupt weiter eine Schule besuchen wollen. Das österreichische Schulsystem bietet dabei eine Vielzahl an Möglichkeiten, bei denen auf die individuellen Interessen und Stärken der Schüler eingegangen wird: die Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen (AHS), berufsbildenden mittlere oder höhere Schulen (BMHS), Zentrallehranstalten (ZLA) oder Berufsschulen (BS) mit Lehre. Leider wird von Schülern oftmals die falsche Entscheidung getroffen, was in vielen Fällen auf mangelnde Information über die breite Palette der einzelnen Schulen bzw. Schultypen zurückzuführen ist. Es ist daher essentiell, die betroffenen Schüler über die verschiedenen Möglichkeiten der weiterführenden Bildung ausreichend zu informieren. Dies soll aber nicht durch die Lehrkörper, sondern im Rahmen eines Informationstages durch Experten und Schüler der jeweiligen Schulartbereiche ablaufen.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » verpflichtende Informationstage für alle Schüler einer AHS-Unterstufe bzw. Hauptschule, um ausführliche Information über die Möglichkeiten der weiterführenden Bildung zu erhalten
- » bei diesem Informationstag sollen Experten und Schüler der jeweiligen Schulartbereiche eingeladen werden

g) Potentialanalyse und Talentchecks vor der Entscheidung eines Lehrberufes

Viele Schüler Niederösterreichs beginnen viel zu spät mit konkreten Überlegungen über die Wahl der für sie richtigen Lehre. So zeigen Statistiken der Wirtschaftskammer Niederösterreich, dass nur drei von zehn Lehrlingen erst im 14. Lebensjahr mit Planungen, vier von zehn sogar noch später, begonnen haben. Außerdem wurde erhoben, dass bei 20,4 Prozent die Eltern die häufigsten Entscheidungshelfer waren, gefolgt von Informationen über den Lehrbetrieb, etwa über das Internet (11,5 Prozent) und Berichten von Personen, die diese Lehre bereits abgeschlossen haben oder gerade machen (11,1 bzw. 10 Prozent).

Dabei ist es allerdings alarmierend, dass im Zuge des Unterrichts dieses Thema scheinbar nicht oder bei weitem nicht ausreichend angeschnitten wird und es offensichtlich zu wenig Informationen an dieser Stelle gibt. Deshalb ist eine verpflichtende Berufsorientierung in der 7. Schulstufe dringend notwendig. Ebenso sind möglichst flächendeckende Potenzialanalysen zielführend. Dabei wird getestet, in welchen Bereichen die Jugendlichen ihre besonderen Talente haben. Mit dem Ergebnis kann dann die Berufswahl, die schließlich eine wesentliche Entscheidung des Lebens darstellt, weiter optimiert werden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Lehrlinge sollen durch Analyse und Talentchecks Auskunft darüber erhalten, welche Lehre für sie die richtige sein könnte
- » verpflichtende Berufsorientierung in 7. Schulstufe

h) Campus Schule

Alle Schüler verbringen viel Zeit an ihrer Schule, an einem Ort, den man auch durchaus in die Freizeitgestaltung einbinden könnte. Sei dies beispielsweise durch zusätzliche Freifächer oder Unverbindliche Übungen, oder auch die Ausübung von sportlichen Aktivitäten in Kooperation mit Vereinen. Weiters die Schule die Möglichkeit bieten, sich vom Schulalltag erholen zu können. Zu diesem Zweck soll es an jeder Schule einen Bereich mit Sitzgelegenheiten, Zeitschriften und PCs geben. Hier kann man sich nach der Schule mit Freunden treffen, oder aber in einem abgetrennten Bereich die ruhige Atmosphäre zum Lernen und zum Erledigen von Hausaufgaben nützen. Gerade weil wir so viel Zeit in der Schule verbringen, muss eine gesunde Verpflegung gewährleistet sein. Eine warme Mahlzeit ist hierbei Grundvoraussetzung um den Schultag gesund zu gestalten.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Schaffung von Aufenthaltsbereichen & Lernzonen
- » Nachmittagskurse an der Schule sowie Sportangebote in Zusammenarbeit mit Vereinen

i) Stärkung des Gesundheitsbewusstseins an Schulen

Immer mehr Medienberichte schildern ausführlich, wie unsportlich und ungesund unsere Jugend lebt. Dieser ungesunde Lebensstil mag ja teilweise am Geist der Zeit liegen, in denen Computerspiele immer mehr den Vorzug gegenüber Aktivitäten im Freien gewinnen und sich Fast Food immer größerer Beliebtheit erfreut. Aber es lässt sich nicht bestreiten, dass bereits in der Schule dieser ungesunde Lebensstil „gefördert“ wird.

Denn wenn die Schüler zum Teil nur noch eine Turnstunde pro Woche haben, ist es fraglich, welche Möglichkeiten sich in dieser kurzen Zeit ergeben, beziehungsweise wie viel sich ein Schüler dann tatsächlich bewegen kann. Außerdem kommt noch erschwerend hinzu, dass die meisten Schulbuffets voll mit fetten, ungesunden und oft überbewerteten Speisen und Getränken sind und die wenigen gesunden Produkte kaum angenommen werden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Erhöhung der Anzahl der Turnstunden vor allem in der Oberstufe
- » mehr Projekte zum Thema „Gesunde Schule“

- » eine Auswahl an gesunden Speisen und Getränken an den jeweiligen Schulbuffets zu für Schüler erschwinglichen Preisen
- » an jedem Schulbuffet soll es mindestens ein vegetarisches Gericht geben

2) Schulpartnerschaft

a) Schülervertretungsbudget

Neugewählte, engagierte Schülervertreter wollen in ihrer Schule viel verändern bzw. die Schulgemeinschaft durch gemeinsame Projekte oder Veranstaltungen stärken, was schließlich in ihren Aufgabenbereich fällt. Doch das Problem ist oft die mangelnde Finanzierung, da der Elternverein selten bereit ist, solche Events vorzufinanzieren bzw. einen gewissen Betrag beizusteuern. Daher ist es wichtig, dass die Schülervertretung über ein Budget verfügt, über das sie mit Absprache der Direktion walten darf, sodass die Schülervertreter einer Schule in ihrem Amt Projekte für die Schüler organisieren können, ohne dass diese bereits im Vorfeld an fehlendem Geld scheitern. Dabei soll es keineswegs darum gehen, das gesamte Kapital zwanghaft auszugeben, sondern vielmehr darum, Projekte und Veranstaltungen zu planen, von denen Schüler, Eltern und Lehrer profitieren können und die das Schulimage erheblich steigern können.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ein gesetzlich festgelegtes Budget für die Schülervertretung, welches sich aus zwei Euro pro Schüler in der Schule auseinandersetzt, wobei ein Mindestbetrag von 300€ gegeben sein muss
- » die verpflichtende Buchführung und Protokollierung über die Ein- und Ausgänge dieses Budgets, das von allen Interessierten eingesehen werden kann, sowie die Zustimmung des SGAs bei Ausgaben über 100 €

b) Schülervertretung an Hauptschulen und Neuen Mittelschulen

Die Schülervertretung hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Trotzdem ist es noch immer so, dass es keine Schulsprecher an Hauptschulen oder Neuen Mittelschulen gibt. Die Schüler dieser Schulformen müssen sich damit abfinden, dass im Schulforum ohne ihr Beisein Entscheidungen getroffen werden und dass sie kein Bindeglied zwischen Lehrern und Schülern haben, das in diversen Angelegenheiten vermitteln kann. Deshalb brauchen auch Hauptschulen und Neue Mittelschulen brauchen eine Schülervertretung, die von allen Schülern gewählt wird und im Schulforum ein Mitspracherecht hat.

Deshalb fordert der die LSV Niederösterreich:

- » eine gesetzlich verankerte Schülervertretung in allen Hauptschulen, die von allen Schülern gewählt wird
- » ein Mitbestimmungsrecht dieser Schülervertretung im Schulforum

c) Gesetzliche Verankerung des Schülertgipfels

Es ist bei weitem nicht selbstverständlich, dass es die Möglichkeit für die Schülervertreter gibt gemeinsam bei Schülerparlamenten oder Schülertgipfeln über Verbesserungen in der Bildung diskutieren zu können, denn es gibt keine gesetzliche Verankerung für dieses Projekt. In Niederösterreich handelt es sich dabei um den Schülertgipfel, der in anderen Bundesländern unter dem Namen Schülerparlament abgehalten wird. Deshalb ist es wichtig, dass diese Veranstaltung als Plattform aller Schülervertreter Niederösterreichs gesetzlich verankert wird, damit jedes Jahr die Chance besteht, über schulpolitisch relevante Themen zu diskutieren. Denn nur dann ist es der LSV jedes Jahr möglich, ohne Einfluss äußerer Umstände wie der aktuellen finanziellen Lage, die Interessen und Anliegen aller Schülervertreter besser zu erfassen und diese gegenüber anderen Entscheidungsträger zu vertreten.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die gesetzliche Verankerung des Schülertgipfels, um ihn als Plattform aller Schülervertreter zu einem Fixtermin zu machen

d) Stimmrecht der Landesschülervertretung in den Kollegiumssitzungen des Landesschulrates

Bislang schien die Rolle der gesetzlich gewählten Vertretung der Schüler Niederösterreichs zu eindeutig definiert und erhielt Kollegium nur ein Beratungsrecht aber nie ein direktes Mitbestimmungsrecht, also ein Stimmrecht. Die Kollegiumssitzungen des Landesschulrates für Niederösterreich entscheiden tatsächlich über die wichtigsten schulpolitisch Relevanten Themen, allerdings hat auch hier die gesetzlich verankerte Schülervertretung nur eine beratende Kompetenz. Natürlich ist es do ein Leichtes, alle Entscheidungen über die Köpfe der Schüler hinweg zu treffen, da diese ja kein Stimmrecht verfügen. Das ist ein Zustand, der längst nicht mehr zeitgemäß ist und behoben werden muss:

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » ein Stimmrecht für die drei Landesschulsprecher bei den Kollegiumssitzungen (ausgenommen Personalentscheidungen)

e) Auf- und Ausbau des Schulpartnerrates – Schaffung eines Landesschulgemeinschaftsausschusses

Eine wichtige Errungenschaft im Bezug auf eine ausgeglichene Schulpartnerschaft war eine Zusage auf Einführung des Schulpartnerbeirates, in dem Vertreter von Schülern, Lehrern und Eltern auf gleicher Augenhöhe über schulpolitisch relevante Themen diskutieren und vor allem Entscheidungen treffen.

Jetzt ist es wichtig diese Zusage einzufordern und diesem Gremium Leben zu geben, auszubauen und mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten. Denn es gibt keinen Zweifel daran, dass nur diejenigen wirklich wissen können, was im Schulalltag und in der Schulpolitik verbessert werden muss, die täglich in die Schule gehen oder in direktem Kontakt dazu stehen. Also die Schulpartner: Lehrkörper, Eltern und vor allem die Schülerinnen und Schüler! Mit dem Schulpartnerbeirat sollen die Schulpartner die Möglichkeit bekommen, in der Schulpolitik mitzuentcheiden und bei Veränderungen an Niederösterreichs Schulen beteiligt zu sein. Es muss diese Möglichkeit eines Schulgemeinschaftsausschusses auf Landesebene endlich in die Realität umgesetzt werden. Erst gelebte Schulpartnerschaft ist sinnvolle Schulpartnerschaft!

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Errichtung des Schulpartnerbeirates und die Ausstattung mit den notwendigen Kompetenzen
- » Einberufung eines Landesschulgemeinschaftsausschusses (kurz: LSGA)

II. Schulverwaltung

a) Änderung des Schuljahresbeginnes – Schulbeginn am Mittwoch

Alle Schüler Niederösterreichs kennen die Situation: Montag nach den Sommerferien. Der Schulalltag soll von einem Moment auf den anderen wieder ganz normal beginnen. Doch weil zur selben Zeit oftmals die Wiederholungsprüfungen stattfinden, macht einen geregelten Ablauf in der Klasse unmöglich.

Noch vor wenigen Jahren begann der Unterricht für die Schüler erst am Mittwoch nach den Ferien, daher konnten alle Prüfungen abgeschlossen und die Klasseneinteilung rechtzeitig gemacht werden. Das erleichtert einerseits die Verwaltung für die Administration, und andererseits kann die Klassengemeinschaft von Anfang an aufgebaut werden. Die Schüler müssen nicht mehr Klassen wechseln, die Teilungszahlen und Gruppeneinteilung können vorher bestimmt werden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Wiederholungsprüfungen am Montag und Dienstag in der ersten Schulwoche
- » geregelter Schulalltag für alle Schüler ab Mittwoch in der ersten Schulwoche

b) Einführung der Pro-Kopf Quote

Das Chaos im Bezug auf die Werteinheiten, das dieses Jahr große Wellen geschlagen hat, zeigt wie ineffizient und vor allem kompliziert dieses System ist. Denn es darf nicht sein, dass zu Beginn eines Schuljahres auf Grund scheinbar falscher Angaben, die noch im letzten Schuljahr abgegeben wurden, Stunden gestrichen werden müssen. Gerade das ist Beweis für die Ineffizienz dieser Werteinheiten und gleichzeitig der Auftrag für die Einführung eines neuen Systems – die Pro-Kopf Quote.

Die Idee dahinter: Die Finanzierung wird zentral gesteuert. Man evaluiert die Kosten eines Schülers je nach Schultyp pro Schuljahr und dementsprechend wird Geld vom Bund zur Verfügung gestellt, um alle Kosten zu decken. Für einzelne Projekte (Skikurs, Projektwochen, usw.) soll zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. Ziel muss es sein, die Kosten unseres Bildungssystems zu senken, jedoch gleichzeitig keinen Qualitätsverlust zu erleiden. Um die Durchlässigkeit der Kosten und Statistiken jederzeit kontrollierbar zu machen, braucht es in Zusammenhang mit der Pro-Kopf Quote ein neues Kontrollprinzip - ähnlich einer Transparenzdatenbank. Diese soll ersichtlich machen, wie viel Euro pro Schüler in den Unterricht, Verwaltung und Lehrpersonal etc. fließen. Dadurch erreicht man bessere Transparenz und mehr Controlling, somit können keine derartig großen Probleme wie oben erwähnt auftreten.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Einführung der Pro-Kopf Quote, um einen bestmöglichen Überblick über die Finanzierung des Bildungssystems zu erreichen und um ein abgedientes und ineffizientes System abzulösen
- » Einführung einer Bildungstransparenzdatenbank, um die Kosten leicht ersichtlich zu machen und um Einsparungsmöglichkeiten in der Verwaltung aufzeigen zu können

c) Umwandlung von Bezirks- und Landesschulräten in Bildungsdirektionen

Die Verwaltung stellt auch im Bildungssektor eines der größten Probleme dar. Obwohl eine Umstrukturierung von vielen Seiten bereits vehement gewünscht und gefordert wird, passiert in diese Richtung wenig. Besonders die Notwendigkeit von teuren Bezirks- und Landesschulräten in der momentanen Verwaltungsstruktur sei in Frage gestellt. Durch eine Umstrukturierung und Reform dieser Bezirks- bzw. Landesschulräten zu wesentlich effizienteren Bildungsdirektionen würde das vorgesehene Budget schneller an die Schulen kommen, um dort an jenen Stellen investiert zu werden, wo es tatsächlich gebraucht wird.

Bisher gibt es zwei Dienststellen für Lehrer: die Schulabteilung beim Amt der Landesregierung - diese ist für die Pflichtschullehrer zuständig - und den Landesschulrat für die Bundeslehrer. Der Landesschulrat ist auch für alle pädagogischen Fragen verantwortlich. Je eine Bildungsdirektion pro Bundesland sollen diese beiden Stellen nun vereinen. Somit wird der Landesschulrat per se nicht abgeschafft sondern nur in seiner Funktion gestärkt und umbenannt um effizienter arbeiten zu können.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Umwandlung von Landes- bzw. Stadtschulräten in schlankere Bildungsdirektionen

d) Mehr Effizienz in der mittelbaren Bundesverwaltung

Die immerwährende Diskussion einer Verwaltungsreform ging in der Vergangenheit immer mit der Absicht, die Schulstruktur zu verändern, einher. Bisher scheiterten die Reformversuche sowohl an der Haltung der Bundesländer als auch an jener der Uneinigkeit der Bundesregierung.

Die effizienteste, gleichsam kostengünstigste und qualitativ hochwertigste Struktur und Kompetenzverteilung stellt nur den Rahmen der eigentlichen Aufgabe dar, nämlich den besten Unterricht und die beste Schulqualität zu gewährleisten. Es muss gegeben sein, dass die regionalen Aufgaben und Problemstellungen kompetent gelöst werden können, ohne jedoch unnötige Verwaltungskosten zu verursachen. Die Schulverwaltung soll somit in mittelbarer Bundesverwaltung

erfolgen. Die Kompetenzen der Landes- und Bezirksschulräte sollen zusammengeführt und pro Bundesland auf eine Landesbildungsdirektion aufgeteilt werden. Dies ermöglicht es, die Fachkompetenz im Bereich der Schulverwaltung zu bündeln. Durch Aufsichts-, Informations- und Weisungsrechte des Bundesministers wird eine einheitliche Verwaltung sichergestellt. Die Lehrerbewerbung ist den einzelnen Schulen im Sinne einer umfassenden Schulautonomie zu übertragen. Weiters wäre ein einheitliches Lehrerdienstrecht, ein weiterer Schritt, die bürokratischen Hürden der (nieder)österreichischen Bildungsstruktur zu überwinden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die verbesserte mittelbare Bundesverwaltung wie oben geschildert als Ende des Kompetenzstreites
- » ein einheitliches Lehrerdienstrecht

e) Mehr Mitspracherecht bei der Direktorenbestellung

Oft werden in Niederösterreich (so wie auch in anderen Bundesländern) Direktionsposten in erster Linie nach der Farbe des Parteibuchs vergeben. Dabei ist es oft fraglich, ob der Kandidat für diesen Posten einerseits die passende Eignung und Kompetenzen mitbringt, andererseits, ob er auch in das Schulprofil passt. So ist ein Informatiker und reiner Futurist wohl ebenso ungeeignet, einer traditionell humanistisch und traditionell geprägten Schule vorzustehen wie ein überzeugter Humanist einem reinen Informatikgymnasium. Um also zu gewährleisten, dass ein Direktor rein nach seiner Qualifikation, Kompetenz und Erfahrung und nicht nur nach dessen politischen Ausrichtung bestellt wird, ist es auf jeden Fall notwendig, dem SGA ein Vetorecht einzuräumen, falls der neu angedachte Direktor nicht ins Schulprofil passen sollte. Außerdem entsteht natürlich auch eine schiefe Optik, wenn ein Direktor gleichzeitig ein parteibezogenes politisches Amt bekleidet, weshalb das zu vermeiden ist.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » Parteipolitik darf keinen negativen Einfluss auf Schulen haben
- » Direktoren dürfen kein politisches Amt ausüben, die Zugehörigkeit zu einer Partei ist jedoch außer Acht zu lassen
- » der SGA soll ein Vetorecht bei der Bestellung eines neuen Direktors besitzen, sollte dieser nicht ins Schulprofil passen

f) Aufwertung des differenzierten Schulsystems

In den letzten Jahren ist das differenzierte Schulsystem gewissermaßen in Verruf gekommen und muss beinahe um seine Existenz fürchten. Das System der Hauptschulen sei veraltet und ineffektiv, Gymnasien würden an Qualität verlieren, heißt es oft. Weiteres Hauptargument der Gegner eines

Systems, das sich Jahrzehnte lang bewährt hat: Man möchte die Schüler nicht zu früh trennen, nicht zu früh entscheiden lassen.

Wahrlich ist es aber so, dass die eigentliche Entscheidung über den Lebensweg erst nach der 8. Schulstufe erfolgt, wo einem alle Möglichkeiten offen stehen: Man kann weiter eine theoretische Ausbildung genießen, man kann eine berufsbezogene Ausbildung anstreben, oder man beginnt in weiterer Folge eine Lehre. Es gibt keinen Zweifel daran, dass man sich nach dem 10. Lebensjahr nicht entscheiden muss, in welche Richtung sein Leben geht, sondern lediglich welche Schulform man weiter besucht um je nach seinen Fähigkeiten entsprechende Förderungen oder Anforderungen zu erhalten.

Also bietet einem das differenzierte Bildungssystem eine große Fülle an Wahlmöglichkeiten, die jeder entsprechend seiner Fähigkeiten und Begabungen wahrnehmen kann. In höheren Schulen bekommen Schülerinnen und Schüler mit Gymnasiumreife durch einen Lehrplan mit hohen Anforderungen die Möglichkeit ihre Stärken auszubauen, wogegen Schülerinnen und Schüler, welchen es an individueller Förderung bedarf gerade diese in Schulformen der mittleren Bildung bekommen.

Um diese Individualität in der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, bedarf es daher einer Auswertung des differenzierten Bildungssystems.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Aufwertung des differenzierten Schulsystems im Allgemeinen
- » die Erhaltung der AHS Langform

g) Flächendeckende Umsetzung des niederösterreichischen Schulmodells

Die Schullandschaft Niederösterreichs zeichnet sich vor allem durch ihre Vielfältigkeit und die hohe Anzahl an Wahlmöglichkeiten aus. In diesem Sinne muss natürlich auch Platz für neue Modelle sein, die im Einklang und nicht als Ersatz für Altbewährtes stehen. So hat das Niederösterreichische Schulmodell durchaus seine Berechtigung und muss flächendeckend weitergeführt werden. Dabei findet in den ersten 2 Jahren die Individualisierung statt und nach einer Schwerpunktsetzung werden die nächsten 2 Jahre je nachdem mit allgemein bildendem oder berufsbildendem Schwerpunkt fortgesetzt. Nach diesen vier Jahren, bei denen der Lehrplan der AHS-Unterstufe zur Anwendung kommt, hat der Schüler die gleiche Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen, wie zum Beispiel nach einer AHS-Unterstufe. Dieses Schulmodell ist eine Bereicherung für das Land Niederösterreich und muss allen Schülern, die Interesse haben, leicht zugänglich gemacht werden.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die flächendeckende Umsetzung des Niederösterreichischen Schulmodells
- » umfangreiche Informationen über das neue Modell für die teilnehmenden Schüler

h) Flächendeckende Einführung des Modulsystems

Die AHS Oberstufe ist in ihrer ursprünglichsten Form als Vorbereitung für ein Studium gedacht. Zu diesem Zweck ist es vor allem wichtig, dass jeder Schüler über ein gewisses Maß an Selbstständigkeit verfügt. Das ist in der jetzigen Form schwer möglich, da in den fixen Stundenplänen kaum Platz für eigene, selbstständige Entscheidungen bleibt. Die wenigen Wahlfächer spielen dabei kaum eine Rolle. Das würde sich allerdings mit einem Modulsystem ändern, bei dem der Schüler selbst verschieden Kurse auswählen muss und sich selbst eine Matura zusammenstellen muss, mit der er in weiterer Folge ein Studium antreten kann. Dabei muss natürlich auf die jeweilige Schwerpunktsetzung der einzelnen Schulen Rücksicht genommen werden, doch trotz allem bleibt ein enormer Spielraum, ein Modulsystem einzuführen.

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » die Flächendeckende Einführung der Modularen Oberstufe, sofern ein ausgereiftes Konzept vorhanden ist, das alle sich ergebenden Möglichkeiten enthält und detailliert allen Beteiligten die Fakten bis zum Maturaabschluss geben kann
- » die Beibehaltung bestimmter Pflichtgegenstände (Deutsch, Mathematik, lebende Fremdsprachen etc.) im Unterricht und als Maturagegenstand

i) Zusatzforderung: Mindestgehalt für Lehrlinge

Wenn man einen Blick auf die Berufsschüler wirft, fällt einem auf, dass die Löhne der Lehrlinge prinzipiell zu niedrig angesetzt sind. Dazu kommt noch erschwerend hinzu, dass es enorme Differenzen zwischen den einzelnen Berufsspaten gibt, die in diesem Abschnitt der Ausbildung bei weitem nicht begründbar und nachvollziehbar sind. So verdient etwa ein Friseur- Lehrling 270 Euro pro Monat und ein IT- Lehrling knappe 650 Euro netto pro Monat im ersten Lehrjahr. Dabei tragen die Lehrlinge und Berufsschüler schon jetzt erheblich zur Wirtschaftsleistung Österreichs bei. Das darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn es um deren Lohn geht. Schließlich soll ein gewisser finanzieller Spielraum auch eine Motivation für die Entscheidung zur Lehre sein. Doch leider sind viele Lehrlinge trotz einer Anstellung nicht in der Lage, selbst finanzielle Entscheidungen in kleinen Rahmen selbst zu entscheiden. Vor allem weil oft die Kosten für das Internat selbst gedeckt werden müssen. Obwohl unsere Lehrlinge die Grundlage einer neuen Handwerkergeneration und schon jetzt eine Stütze der österreichischen Wirtschaft darstellen, werden sie von den Unternehmen und Vater Staat billig abgefertigt. – Eine Tatsache, die nicht weiter geduldet und ignoriert werden darf!

Die LSV Niederösterreich fordert deshalb:

- » 500 € Mindestlohn für Lehrlinge